Liberté • Égalité • Fraternité
RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

Frankreich – Info

Herausgeber: Französische Botschaft
Presse- und Kommunikationsabteilung
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
info@ambafrance-de.org

2016

www.ambafrance-de.org

Ansprache von Staatspräsident François Hollande anlässlich der Generaldebatte der Generalversammlung der Vereinten Nationen

New York, den 20. September 2016

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

meine Damen und Herren,

es ist immer eine Ehre, vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu sprechen. Aber es ist auch eine Verantwortung, vor allem angesichts der ernsthaften und beunruhigenden Lage, in der die Welt sich befindet.

Ich stehe im Namen Frankreichs vor Ihnen, um einen mehrfachen Appell an Sie zu richten: Erstens, um Sie zu bitten, alles zu tun, um das historische Übereinkommen umzusetzen, das am 12. Dezember 2015 in Paris unterzeichnet wurde. Dieses Übereinkommen ist historisch, weil die Konferenz stattgefunden hat, nachdem Frankreich, nachdem die Hauptstadt Paris von Terroranschlägen getroffen wurde. Dieses Übereinkommen ist historisch, weil die versammelte internationale Gemeinschaft zum ersten Mal bereit war, sich zur Begrenzung der Erderwärmung zu verpflichten und Mittel bereitzustellen, um die schwächeren Länder bei ihrem Energiewandel zu unterstützen.

Und trotz der Tragweite dieses Übereinkommens sage ich Ihnen heute noch einmal: Wir dürfen keine Zeit verlieren. Die vergangenen beiden Jahre waren die wärmsten Jahre, die die Menschheit seit Beginn der Messungen erlebt hat. Gewiss, im April dieses Jahres wurde hier, im Beisein von Generalsekretär Ban Ki-Moon, ein Übereinkommen mit 175 Ländern unterzeichnet. Doch wir alle wissen, dass es erst dann in Kraft tritt, wenn es durch 55% der Unterzeichnerstaaten ratifiziert wurde, auf die 55% der Treibhausgasemissionen entfallen. Die Vereinigten Staaten und China haben beschlossen, den Text zu ratifizieren, das war sehr wichtig, denn nichts wäre möglich gewesen ohne die Beteiligung, ohne das Engagement dieser beiden Länder, die den höchsten CO2-Ausstoß verursachen. Frankreich wird morgen den Vereinten Nationen offiziell den Abschluss seines Ratifizierungsverfahrens mitteilen. Ich rufe alle UN-Mitgliedsstaaten dazu auf, ihr Verfahren zu beschleunigen, damit das Ganze noch bis Ende des Jahres abgeschlossen werden kann.

Die COP 21 war eine Konferenz der Entscheidungen. Die COP 22, die in Marrakesch stattfinden wird, muss eine Konferenz der Lösungen werden. Es wird darum gehen, die Internationale Solar-Allianz umzusetzen, gegen Wüstenbildung anzukämpfen, die Meere zu schützen, einen Kohlenstoffpreis festzulegen. Doch der Appell, den ich hier nach diesem Klima-Übereinkommen an Sie richten möchte, ist ein Appell für Afrika. Afrika ist ein vielversprechender Kontinent, doch seine Entwicklung kann durch den Klimawandel, Migrationsbewegungen, Konflikte, Kriege und Terrorismus beeinträchtigt werden. Dieser zukunftsträchtige Kontinent kann aber auch zu einer Quelle wachsender Unsicherheit werden, der zuallererst die Bevölkerung Afrikas zum Opfer fallen würde. Ich schlage also im Namen Frankreichs eine Agenda 2020 für Afrika vor. Mit diesem Plan soll ganz Afrika Zugang zur Stromversorgung erhalten. Zwei Drittel der Bevölkerung Afrikas lebt heute ohne Stromanschluss. Das ist ungerecht, und vor allem ist es ein Hindernis für ein nachhaltiges Wachstum Afrikas. Es geht also darum, den Bedürfnissen von 15% der Weltbevölkerung nachzukommen. Es geht darum, den afrikanischen Ländern zu ermöglichen, das enorme Entwicklungspotenzial zu nutzen, das der Kontinent birgt. Es geht darum, Bevölkerungsbewegungen einzudämmen, die die Herkunfts-, aber auch die Aufnahmeländer destabilisieren. Vor diesem Hintergrund habe ich bei der Klimakonferenz in Paris eine Initiative für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Afrika angestoßen. 10 Geberländer, ich möchte ihnen an dieser Stelle dafür danken, haben sich verpflichtet, bis 2020 10 Milliarden Dollar bereitzustellen. Frankreich übernimmt einen Anteil von 20%, d.h. 2 Milliarden Euro. Europa hat einen Aktionsplan auf den Weg gebracht, im Rahmen dessen bis zu 40 Milliarden Euro in den Ausbau des Stromnetzes in Afrika investiert werden können; und sogar das Doppelte, wenn die EU-Mitgliedstaaten sich auch daran beteiligen. Ich rufe also alle hier vertretenen Länder dazu auf, sich dieser Dynamik anzuschließen. Ich appelliere nicht an die Solidarität, sondern rufe dazu auf, so schnell wie möglich Investitionen zu tätigen, die der ganzen Welt zugutekommen werden.

Aber ohne Sicherheit kann es in Afrika keine Entwicklung geben. Frankreich war sich seiner Verantwortung bewusst, als ich den Einsatz in Mali beschlossen habe. Es galt zu vermeiden, dass terroristische Organisationen ein ganzes Land unter ihre Kontrolle bringen und eine ganze Region destabilisieren. Diese Bedrohung konnte eingedämmt werden. Mali hat seine territoriale Integrität wiedererlangt. Doch es gibt weitere Gruppierungen wie Boko-Haram und Al-Qaida, die die Sicherheit zahlreicher Länder Westafrikas, der Sahel-Zone und des Tschadsees gefährden. Auch hier ist Frankreich präsent, um die entsprechenden Streitkräfte auszubilden, um sie zu trainieren und Informationen auszutauschen, um sie in ihrem Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen. Das machen wir für Nigeria, Niger, Tschad, Benin und Kamerun, und wir müssen dieses Engagement gemeinsam mit den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union noch weiter ausbauen.

Aber damit die Dinge klar sind: Afrika muss seine Sicherheit selbst gewährleisten, wenn wir Einmischungen und Eingriffe von außen vermeiden möchten. Wenn ich mich für die Entwicklung und für die erneuerbaren Energien ausspreche, dann ist das auch ein Appell an die Sicherheit der afrikanischen Bevölkerung, damit wir ihre Streitkräfte ausrüsten, damit wir ihnen die notwendigen Mittel zum Handeln geben, sodass die afrikanischen Nationen ihre Entwicklung frei und souverän gestalten können.

Der letzte und vielleicht dringendste Appell, den ich hier an Sie richten möchte, betrifft Syrien. Die Tragödie in Syrien wird in die Geschichte eingehen als eine Schande für die internationale Gemeinschaft, wenn wir sie nicht bald beenden. Aleppo ist eine Märtyrerstadt und wird sich als Märtyrerstadt in das Gedächtnis der Nationen einprägen. Tausende von Kindern sind den Bomben zum Opfer gefallen. Ganze Bevölkerungsgruppen werden ausgehungert. Humanitäre Hilfskonvois werden angegriffen. Chemische Waffen kommen zum Einsatz. Dazu kann ich nur sagen: Es reicht. Die Waffenruhe hat, wie vergangenen Februar, nur wenige Tage angehalten. Sie war im Grunde schon kurz nach ihrer Ankündigung nichtig, ohne dass deren eigentliche

Bedingungen bekannt wurden. Das Regime ist für das Scheitern des Waffenstillstandes verantwortlich und es kann nicht die Schuld für eigene Fehler auf andere abwälzen. Ich sage seinen Unterstützern aus dem Ausland, die jeder hier kennt, dass sie den Frieden vorantreiben müssen, andernfalls tragen sie mit dem Regime die Verantwortung für das Auseinanderbrechen und das Chaos in Syrien. Der Sicherheitsrat muss so schnell wie möglich zusammentreten, und es darf keine Schwindelveranstaltung werden, bei der sich alle gegenseitig die Verantwortung in die Schuhe schieben und einige wenige die Arbeit des Sicherheitsrats behindern, um angeblich ein Regime zu schützen, wo sie doch vielmehr gemeinsam mit uns eine Lösung suchen sollten.
Frankreich stellt vier Forderungen. Zunächst muss die Feuerpause entsprechend der getroffenen Entscheidungen durchgesetzt werden. Das ist die Vorbedingung. Dann muss gewährleistet werden, dass Aleppo und die anderen Märtyrerstädte umgehend mit humanitärer Hilfe versorgt werden. Das ist die Dringlichkeit. Ferner müssen die Verhandlungen nach den bereits 2012 festgelegten Grundsätzen für den politischen Übergang wiederaufgenommen werden. Das ist die Lösung. Und schließlich muss der Einsatz von Chemiewaffen sanktioniert werden. Das ist Gerechtigkeit.

Wenn wir diese Entscheidungen treffen, wenn wir handeln, dann wird es eine Lösung für Syrien geben. Und es wird mehr als eine Lösung für Syrien geben: Es wird endlich Hoffnung geben für die Flüchtlinge und Vertriebenen. Es wird endlich Schritte geben, um zu gewährleisten, dass Syrien seine territoriale Integrität bewahrt. Auch in Irak wird es, wenn wir es so wollen, ein Eingreifen geben, um die Gebiete zu befreien, die sich heute unter der Kontrolle der Terrormiliz Daesch befinden. Schließlich wird es, wenn wir so entscheiden, ein effizientes Vorgehen gegen den Terrorismus und zur Vermeidung weiterer Anschläge weltweit geben. Ich habe es bereits gesagt: Wir riskieren Chaos und Zerfall. Diese Gefahr besteht über Syrien hinaus auch in Libyen. Hier liegt die Dringlichkeit in der Wiederherstellung der staatlichen Autorität um die Regierung von Al-Saraj, d.h. um die Einheitsregierung. Daran arbeitet Frankreich gemeinsam mit seinen Partnern und mit den Vereinten Nationen.

Meine Damen und Herren,

nichts zu regeln, die Dinge geschehen zu lassen, ihren Lauf nehmen zu lassen, damit spielt man jenen Kräften in die Hände, die die Welt aus dem Gleichgewicht bringen wollen, und vor allem den Terroristen. Frankreich resigniert nie, auch nicht, wenn es schwierig wird, gerade dann nicht, wenn es schwierig wird. Daher hat es die Initiative ergriffen, zur Suche nach einer Lösung für den Nahost-Konflikt beizutragen. Sicher kann niemand den beteiligten Parteien eine Lösung aufzwingen. Aber auch hier gilt: Sich mit dem Status quo abzufinden, heißt, das Risiko einzugehen, den Siedlungsbau ein weiteres Mal zuzulassen. Das heißt, bestimmte Gewaltakte auf unerträgliche, ungerechte und inakzeptable Weise zu billigen. Das Ziel ist, bis zum Ende des Jahres eine Konferenz einzuberufen, damit Israelis und Palästinenser die Verhandlungsmöglichkeit und -verantwortung erhalten.

Diesem Geiste entspringt auch mein Einsatz für eine Lösung in der Ukraine, gemeinsam mit Bundeskanzlerin Merkel. Wir haben das so genannte Normandie-Format geschaffen, aus dem dann in Minsk ein Abkommen geschlossen werden konnte. Jetzt müssen wir alles an die Umsetzung dieses Abkommens setzen, sonst wird es wieder Gewalt geben, vielleicht sogar einen wieder aufflackernden Krieg. Ich erinnere daran, dass dieser Krieg bereits 6000 Menschenleben gefordert hat. Deshalb habe ich gemeinsam mit der Bundeskanzlerin die Initiative ergriffen, den russischen und den ukrainischen Präsidenten in den kommenden Wochen zusammenzubringen, um voranzukommen, um die Minsker Abkommen umzusetzen. Wir werden dieses Ziel nicht aufgeben, wir werden auf keine Initiative verzichten, wenn sie der Sache dienen kann.

Meine Damen und Herren, ich habe den Terrorismus erwähnt. Er bedroht alle Länder der Welt. Die Liste derjenigen Länder, die vom Terrorismus getroffen wurden, ist lang. In Afrika, dem Nahen

Osten, in Asien und Europa. Und auch Ozeanien vergesse ich nicht. Kein einziges Land kann von sich behaupten, dass es gewappnet ist gegen diese Geißel – den islamistischen Terror, den Fundamentalismus, den Fanatismus, der verirrte Menschen aus unseren Gesellschaften in seine Gewalt bringt und sie radikalisiert. Kein Meer, keine Mauer kann ein Land davor bewahren, das Drama, die Tragödie, die Geißel eines Anschlags, Angriffs, einer Aggression zu erleben. Dieser Terrorismus gedeiht auf dem Nährboden von Konflikten, die losgetreten wurden und schon zu lange andauern. Er löst eine Flüchtlingswelle aus, er verändert die internationale Lage, die Grenzen, die wir für gesetzt hielten, das Recht, von dem wir dachten, es durchsetzen zu können, und die kollektive Sicherheit, die das Grundprinzip der Vereinten Nationen war. Angesichts dieser Gefahren wendet sich Frankreich wieder einmal den Vereinten Nationen zu.

Die Vereinten Nationen haben mit der Verabschiedung der Entwicklungsagenda 2030 und des Übereinkommens von Paris, das Viele für unmöglich hielten, ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt. Die VN führen so viele friedenssichernde Einsätze durch wie nie zuvor. Aber wenn wir den Terrorismus auslöschen wollen, wenn wir handeln wollen, müssen wir Entscheidungen treffen und nicht nur Reden über Solidarität und Mitgefühl mit den Opfern halten, wenn ein befreundetes Land angegriffen wird. Wir müssen da, wo es etwas bringt, Verantwortung übernehmen. Das tut Frankreich, und nicht, weil es angegriffen wird. Ich habe es gesagt: Alle Länder sind heute Zielscheibe des Terrorismus. Nein, Frankreich tut es, weil es ständiges Mitglied des Sicherheitsrats ist und seine Rolle darin besteht, zu handeln und nicht zu blockieren. Frankreich tut es, weil es nach etwas Großem strebt, wonach es in der Vergangenheit schon immer gestrebt hat: nach Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit in der Welt. Weil Frankreich seine Politik in den Dienst eines einzigen Ziels stellt: des Friedens. Und weil Frankreich mit allen Beteiligten spricht. Weil Frankreich eine unabhängige Nation ist, die das Recht achtet. Weil Frankreich keine anderen Feinde hat als die Kräfte des Hasses und der Intoleranz, die eine Religion missbrauchen, um Angst zu schüren. Weil wir gegen die Populisten kämpfen müssen, die die herrschende Verunsicherung für ihre Zwecke nutzen, um zu spalten, zu stigmatisieren, die Religionen gegeneinander aufzuhetzen, und so die Gefahr einer Konfrontation eingehen, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaften erschüttern würde. Frankreich ist ein laizistischer Staat, der sich auf seine Laizität beruft, der aber mit allen Religionen im Gespräch steht und im Innern die Glaubensfreiheit gewährleistet, weil Frankreich in der Welt kein anderes Interesse verfolgt als die Stabilität, die Entwicklung und die Zukunft des Planeten.

Deshalb zeigt Frankreich jeden Tag aufs Neue seine Verbundenheit mit den VN. Ich möchte die Arbeit des Vorsitzenden der Generalversammlung begrüßen, ich möchte die Arbeit all derer begrüßen, die sich für die Vereinten Nationen aufopfern, angefangen bei Generalsekretär Ban Ki-Moon, der diese schwierige Aufgabe seit zehn Jahren im Namen aller erfüllt und ermöglicht hat, dass wir vorankommen. Und deshalb erwarte ich auch von den Vereinten Nationen, vor allem vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dass sie angesichts der großen Themen, die ich angesprochen habe, und insbesondere Syrien und der Bekämpfung des Terrorismus, ihrer Verantwortung gerecht werden. Für jede Generation, für jeden politischen Verantwortungsträger kommt irgendwann einmal der Moment, in dem nur eine Frage zählt: Haben wir Entscheidungen getroffen? Haben wir die richtigen Entscheidungen getroffen? Hier sind Länder von verschiedener Größe, von unterschiedlichem Entwicklungsstand, unterschiedlichen Befindlichkeiten, Überzeugungen, aber sie sollten nur ein einziges Ziel haben, einen einzigen Anspruch: Die Welt muss die Herausforderungen des Planeten meistern.

Deshalb wollte ich diesen Appell starten: einen Appell zur Umsetzung des Klimaübereinkommens von Paris. Einen Appell für Afrika, damit die gesamte afrikanische Bevölkerung mit Strom versorgt wird und einen guten Entwicklungsstand erhält. Ein Appell zum Frieden in Syrien, denn der ist dringend nötig. Deshalb glaube ich an die Vereinten Nationen und deshalb vermittle ich mit Frankreich eine universelle Botschaft.

Vielen Dank.